

## Anfragen zum Plenum in der 41. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

**Renate Ackermann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ist es richtig, dass die Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Würzburg in eine Erstaufnahmeeinrichtung umgewandelt werden soll, der bauliche Zustand dieser Einrichtung verbessert wird und wie sollen künftig die jetzigen Bewohnerinnen und Bewohner der GU untergebracht werden?

**Hubert Aiwanger**  
(FW)

Wie beurteilt die Staatsregierung, dass im Rahmen der gemeindlichen Ausschreibungen zur Breitbandversorgung Anbieter wie mvox oder Televersa auftreten können und Ausschreibungen stören, obwohl sie aus Sicht der Gemeinden nur ungenügende Referenzobjekte vorweisen können und die Gemeinden diese ungenügende Leistungsfähigkeit beweisen müssen, sieht sich die Staatsregierung nicht in der Pflicht, den Gemeinden bei der Qualitätsprüfung der Anbieter bessere Hilfestellung zu leisten als bisher, da das von der Staatsregierung mit einem Innovationspreis ausgezeichnete Unternehmen Televersa immer noch als Anbieter auftritt, und welche konkreten Maßnahmen empfiehlt die Staatsregierung der Gemeinde Buch am Erlbach (Landkreis Landshut), die trotz mehrerer Markterkundungs- und Auswahlverfahren noch zu keinem greifbaren Ergebnis bezüglich des Breitbandausbaus gekommen ist, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Insolvenzgerichten treten unter Bezugnahme auf die Pressemitteilung Nr. 109/10 „in absoluter Seltenheit“ im Geschäftsbereich eines Richterreferats Insolvenzverfahren auf und wie gestalten sich die statistischen Zahlen (Eingänge IN, IK und Erledigungen) in derartigen Referaten seit 2003 (gegliedert nach Amtsgerichten)?

**Margarete Bause**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Faktengrundlage basiert die Forderung des Ministerpräsidenten Horst Seehofer nach einem sofortigen Zuwanderungsstopp aus „anderen“ Kulturkreisen, „da sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun“ (Zitat Seehofer, Focus vom 11. Oktober 2010) und wie verträgt sich diese Forderung mit den Erkenntnissen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Dr. Maria Böhmer (vgl. Bericht zur Lage

der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland) und der positiven Integrationsbilanz der Sozialministerin Christine Haderthauer (vgl. „Bericht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern“ im Auftrag des Sozialministeriums) sowie den Forderungen der deutschen Wirtschaft nach der Notwendigkeit einer geregelten Zuwanderung, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, und kann der Ministerpräsident die Äußerungen des Vorsitzenden der türkischen Gemeinde Kenan Kolat nachvollziehen, der durch diese Aussage bestimmte Bevölkerungsgruppen stigmatisiert sieht und den Eindruck hat, der Ministerpräsident wolle Thilo Sarrazin an Rechtspopulismus noch übertreffen?

**Sabine Dittmar**  
(SPD)

Nachdem die Bundesregierung im Rahmen des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) plant, das Kartellrecht auch auf Krankenkassen anzuwenden, frage ich die Staatsregierung, wie wird dieses Vorhaben insgesamt von ihr bewertet, welche Konsequenzen wird dies für die zukünftig abzuschließenden Medikamenten-Rabattverträge der bayerischen Krankenkassen haben und sieht die Staatsregierung dadurch das von der Bundesregierung angestrebte Einsparvolumen von 2 Mrd. Euro auf dem Arzneimittelsektor gefährdet?

**Dr. Sepp Dürr**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Regelungen für ermäßigten oder freien Eintritt gibt es in den staatlichen Kultureinrichtungen des Freistaats (unter Nennung der verschiedenen Gruppen von Ermäßigungsberechtigten und der jeweiligen Eintritts- und Kartenpreise, vor allem: staatliche Museen, Theater bzw. Oper, Schlösser), in welchen staatlichen Kultureinrichtungen sind Ermäßigungen für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen (Alg II, Sozialhilfe; unter Nennung der jeweiligen Eintrittspreise) vorgesehen, und welche Personengruppen erhalten ermäßigte Eintrittskarten für die Sonderausstellungen in staatlichen Museen?

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verbände und Institutionen arbeiten bei der Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) mit und wie wird bei dem Reformprozess die Beteiligung der Fachpraxis sichergestellt?

**Günther Felbinger**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden durch das Staatsministerium der Finanzen Informationen über finanzielle Sonderzuwendungen für die Kommunen an die jeweiligen direkt gewählten Stimmkreisabgeordneten, nicht aber die über die Wahlkreisliste dem Stimmkreis ebenfalls zugeordneten Abgeordneten zur Verfügung gestellt und warum widersetzt sich damit das Ministerium wiederholt dem Gleichheitsgrundsatz und den Beschlüssen des Landtags, so wie zum Beispiel in der Drucksache von 1975 8/1305 dargelegt, und warum beantwortet das Ministerium Anfragen, die diesbezüglich von Abgeordneten des Landtags an den Minister in persönlichen Briefen bereits am 18. Juli 2010 gestellt wurden, bis heute nicht?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Da laut Berichterstattung das Thema „Finanzielle Bildung“ zu einem festen Bestandteil an Bayerns Schulen werden soll – in Augsburg soll dies durch eine Kooperation mit dem Versicherungskonzern Allianz umgesetzt werden, dabei sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Allianz Versicherungskonzerns in den Schulen den Schülerinnen und Schülern „den richtigen Umgang mit Geld lehren“ – frage ich die Staatsregierung, durch welche weiteren externen Kooperationen sieht die Staatsregierung vor, das Thema „Finanzielle Bildung“ landesweit an Bayerns Schulen umzusetzen, an welchen Schulen in Bayern werden bereits derartige Projekte durchgeführt und wie schätzt die Staatsregierung die Kooperation mit dem Versicherungskonzern Allianz bezüglich der Unabhängigkeit schulischer Bildung von wirtschaftlichen Interessen ein?

**Ulrike Gote**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bau- und Erweiterungsprojekte an bayerischen Hochschulen und Universitäten sind jeweils im einzelnen von den am 28. September 2010 vom Kabinett beschlossenen Sofortmaßnahmen im Haushaltsvollzug 2010 betroffen, wie viel Geld müssen die Hochschulen und Universitäten jeweils aufgrund der beschlossenen Zusatzsperre ab sofort im laufenden Jahr einsparen und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass die mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang und die steigenden Studierendenzahlen geplanten und bereits begonnenen Maßnahmen im Hochschulausbau ohne Zeitverzug umgesetzt und fortgeführt werden können?

**Eva Gottstein**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche vertraglichen Regelungen oder Vereinbarungen bestehen zwischen ihr und Schulbuchverlagen im Zusammenhang mit Kopierrechten für Schulen aus Lehr- und Unterrichtswerken und sind diese Regelungen oder Vereinbarungen an garantierte Mindestabnahmemengen an Lehr- und Unterrichtswerken zugunsten der Schulbuchverlage gekoppelt?

**Eike Hallitzky**  
(GRU)

Weil das Glasmuseum Frauenau einerseits eine herausragende Bedeutung für die Geschichte des Bayerischen Waldes und die Geschichte der Glaskunst hat, andererseits aber keine zukunftsfähige Trägerschaft realistisch zu sein scheint, mit der der Fortbestand des Museums gesichert werden kann, frage ich die Staatsregierung, unter welchen Bedingungen ein als nichtstaatlich errichtetes Museum zu einem staatlichen Museum umgewandelt werden kann, bei welchen bayerischen Museen das bisher geschehen ist und ob sich die Staatsregierung ernsthaft vorstellen kann, dass das mit staatlichen Mitteln in einer Größenordnung von 10 Mio. Euro geförderte Glasmuseum wieder geschlossen werden könnte, wenn sich dauerhaft keine tragfähige Trägerschaft finden lässt?

**Joachim Hanisch**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen ist ein Wechsel von der Bundespolizei zur bayerischen Landespolizei möglich, welche Bedingungen müssen erfüllt sein und sind diese Bedingungen laufbahnabhängig?

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Industrieanlagen bzw. Kraftwerke sind bisher von dem „Stuxnet“-Virus infiziert worden, welche Auswirkungen hatte dies in den jeweiligen Fällen und welche Vorkehrungen trifft die Staatsregierung, um unbeteiligte Dritte vor den Folgen solcher bzw. ähnlicher Computerviren zu schützen, wenn beispielsweise Industrieanlagen und Kraftwerke nicht mehr bestimmungsgemäß gesteuert werden können?

**Dr. Leopold Herz**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche der Schulen, die bereits zu diesem Schuljahr als Mittelschule begonnen haben, weisen einen geringeren Rückgang an Schülerzahlen auf, als dies für die Hauptschulen in Bayern vor Schulanfang mit 4,5 Prozent vermeldet wurde?

**Claudia Jung**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob denjenigen Abiturienten, die Anfang des Jahres 2011 im letzten G 13-Jahrgang ihr Abitur machen und die danach ihre Wehrpflicht abzuleisten haben, die Ableistung dieser Wehrpflicht so ermöglicht wird, dass sie gegebenenfalls schon im Wintersemester 2011/2012 mit dem Studium beginnen können, welche Maßnahmen seitens der Staatsregierung dazu bisher unternommen wurden oder gegebenenfalls noch nötig sind, und was solchermaßen interessierte Abiturienten ihrerseits tun müssen, um den Studienbeginn im Wintersemester 2011/2012 möglich zu machen?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel zusätzlicher radioaktiver Müll würde durch die angedachten Verlängerungen der Laufzeit der Atomkraftwerke Gundremmingen von 2016 bis über 2030 hinaus nach Hochrechnungen der Staatsregierung zusätzlich anfallen, müsste das Zwischenlager für die zusätzlichen Atommüllmengen erweitert oder nachgerüstet werden, welche Auswirkungen hätte die angedachte Laufzeitverlängerung auf den frühestmöglichen Räumzeitpunkt des bestehenden Zwischenlagers?

**Peter Meyer**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob in Bayern schon einmal die Situation eingetreten ist, dass ein Gymnasium bzw. eine Realschule durch den Neu- oder Ausbau eines anderen Gymnasiums bzw. einer anderen Realschule im Bestand gefährdet wurde, falls ja, wie hat die Staatsregierung darauf reagiert, und wie verhält sich die Staatsregierung generell, wenn solche Existenzängste vonseiten einer Schule bestehen?

**Ulrike Müller**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Leader-Projekte wurden im Gebiet der Regierungsbezirke Schwaben und Oberbayern im Rahmen des „Bayerischen Zukunftsprogramms Agrarwirtschaft und Ländlicher Raum (BayZAL)“ seit Beginn der laufenden Förderperiode 2007 genehmigt und wie verteilen sich diese Projekte auf die einzelnen Landkreise nach Anzahl der bewilligten Projekte und Höhe der jeweils geflossenen Fördermittel?

**Alexander Muthmann**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ergebnisse haben diejenigen Ansiedlungsgespräche gebracht, über die in einer Pressemitteilung der Staatsregierung vom 12. November 2009 berichtet wur-

de, wonach wichtige Ansiedlungsvorhaben für die Region Freyung-Grafenau Gegenstand waren, die von allen politischen Entscheidungsträgern und „Invest in Bavaria“ konstruktiv und aktiv begleitet wurden und die auf einem guten Weg seien, und weiterhin frage ich, welche Ansiedlungsentscheidungen in der Region Freyung-Grafenau nach diesen Ansiedlungsgesprächen seither gefallen sind?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Da mit dem Lehrplan vom Jahr 2000 in Bayern verbindlich ein Rechenverfahren, das Abziehverfahren neu, ab Klasse 3 eingeführt wurde und nun aber laut Informationen aus dem Ministerium im Zuge der im Schuljahr 2010/2011 beginnenden Überarbeitung des bayerischen Grundschullehrplans u.a. darüber entschieden werden soll, welche(s) schriftliche(n) Subtraktionsverfahren künftig Anwendung finden wird oder werden, frage ich die Staatsregierung, wie lange der Überarbeitungsprozess insgesamt voraussichtlich dauern wird – und im Speziellen die Klärung der Frage nach dem Subtraktionsverfahren, von wem die einzelnen Funktionen der begleitenden Lehrplankommission besetzt werden und welche Probleme der Staatsregierung bekannt sind seit der verbindlichen Einführung des Abziehverfahrens?

**Christa Naab**  
(SPD)

Nachdem ein Nachteilsausgleich zur Förderung von Schülern mit besonderen Schwierigkeiten zwar für den Bereich der Legasthenie, aber nicht für Kinder mit Dyskalkulie besteht, frage ich die Staatsregierung, warum Kinder mit Dyskalkulie bisher nicht berücksichtigt werden und ob diesbezüglich Änderungen geplant sind?

**Maria Noichl**  
(SPD)

Nachdem die österreichische ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft) auf deutschem Gebiet Lärmschutzeinrichtungen für die Tiroler Anlieger der A 93 baut, frage ich die Staatsregierung, wann und mit welchen Ergebnissen wurden die Lärmimmissionen der A 93 (Inntal-Autobahn) auf Höhe der geplanten Lärmschutzeinrichtungen zuletzt gemessen und sind aktuelle Messungen geplant, um eine Veränderung der Belastung der Bürger auf deutscher Seite vor bzw. nach den Baumaßnahmen feststellen zu können?

**Hans-Ulrich Pfaffmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was versteht sie unter der „demographischen Rendite im Bildungsbereich“?

**Mannfred Pointner**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die bisherigen Kosten für alle Marketingmaßnahmen zur Einführung der Mittelschule beginnend von der Auftaktveranstaltung in der Münchner Allianz Arena am 13. Juli 2009 bis einschließlich des Festakts am 13. September 2010, einschließlich der schriftlichen Werbematerialien in der Staatskanzlei, aufgeschlüsselt nach externen Kosten, internem Arbeitsaufwand (d.h. Mitarbeiterstunden) und den einzelnen Werbemaßnahmen?

**Jörg Rohde**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Höhe sich die Mehrkosten – Investitions- und laufende Betriebskosten – beziffern, wenn der geplante Rettungshubschrauberstandort in Augsburg anstatt in

Donauwörth angesiedelt werden soll, und welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die bestehende Versorgungslücke im Gebiet Donau-Ries zu schließen, und in welchem Zeitraum diese Versorgungslücke dort geschlossen werden kann?

**Maria Scharfenberg**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele kommunale Träger sind in Bayern zukünftig als Träger der Leistungen nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB II zugelassen, wie viele Landkreise und kreisfreie Städte haben der Staatsregierung bereits signalisiert, dass sie in der Zukunft optieren wollen, und wie viele Anträge sind bereits eingegangen?

**Franz Schindler**  
(SPD)

Da sich die Beschwerden über die verzögerte Auszahlung von Zuschüssen für die Nachrüstung von Kleinkläranlagen mit biologischen Reinigungsstufen auf der Grundlage der Richtlinien für Zuwendungen zu Kleinkläranlagen (RZKKA) häufen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Zuwendungsanträge für in den Jahren 2008, 2009 und 2010 fertig gestellte Anlagen noch vorliegen, für die noch keine Zuschüsse ausbezahlt worden sind, mit wie vielen weiteren Zuwendungsanträgen in diesem und im nächsten Jahr gerechnet wird und wie hoch der Bedarf an Haushaltsmitteln geschätzt wird, um Zuschüsse in Höhe der in der Anlage 2 zur RZKKA genannten Beträge ausbezahlen zu können?

**Helga Schmitt-Bussinger**  
(SPD)

Nachdem die Polizeiinspektion Nürnberg-Süd für das südliche Stadtgebiet Nürnberg mit etwa 168.000 Einwohnern zuständig ist, was deren besondere Bedeutung für die Sicherheit in Nürnberg unterstreicht und die Notwendigkeit eines technisch zeitgemäßen und baulich ausreichend großen Dienstgebäudes deutlich macht, frage ich die Staatsregierung, ob es korrekt ist, dass sich der Neubau der Polizeiinspektion Nürnberg-Süd statt dem geplanten Zeitpunkt 2011 verzögert, wenn ja, wie lange oder kann mit dem längst überfälligen Neubau wie geplant 2011 begonnen werden?

**Theresa Schopper**  
(GRU)

Plant die Staatsregierung vor dem Hintergrund der schwierigen Versorgungssituation im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, insbesondere im ländlichen Bereich, weitere zusätzliche stationäre Betten in die Krankenhausplanung aufzunehmen sowie eine gemeinsame Bedarfsplanung für ambulante und niedergelassene Ärzte zu gleichen Vergütungskonditionen zu fördern?

**Tanja Schweiger**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II wurden mittlerweile in der Oberpfalz mit welcher Abrechnungssumme umgesetzt, welche Maßnahmen kamen bisher nicht zur Ausführung oder wurden zurückgezogen?

**Kathrin Sonnenholzner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen hat die Aussetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes auf die Abiturientinnen und Abiturienten des doppelten Abiturjahrgangs 2011 und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus diesem zusätzlichen Engpass beim Hochschulzugang für diesen Jahrgang?

**Christine Stahl**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Biber wurden in Bayern nach Regionen aufgeteilt aus dem jeweiligen Bestand heraus (bitte jeweils Anzahl pro Jahr angeben) seit 2006 gefangen, was ist

mit diesen Bibern geschehen und wie sieht die landkreisübergreifende Zusammenarbeit im Bibermanagement aus?

**Claudia Stamm**  
(GRU)

Zur Situation der Flüchtlingsunterkünfte in München frage ich die Staatsregierung, wie der Planungsstand in der Heinrich-Wieland-Straße ist, wann die Metall-Container in der St.-Veit-Straße geschlossen werden sollen und welche Konsequenzen aus dem Urteil zur Gemeinschaftsunterkunft in der Baierbrunner Straße vom 28. September 2010 gezogen werden?

**Florian Streibl**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Schulen in Bayern, die bereits extern evaluiert wurden, hat sich die Schulqualität dahingehend verbessert, dass die Zahl an Wiederholern, Schulabbrechern signifikant verringert und bei Abschlussprüfungen erkennbar bessere Durchschnittsergebnisse als in den Vor-Evaluationsjahren erzielt wurden?

**Jutta Widmann**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass ein Teil der vom Freistaat gewährten finanziellen Zuschüsse zum Bau des Hofberg/Josef-Deimer-Tunnels in Landshut von der Stadt wieder zurückgezahlt werden müssen, und wenn ja, wie hoch ist die Rückzahlung und aus welchem Grund müssen die Mittel rückerstattet werden?